

Steuern und Abgaben

Information der betroffenen Personen (Kunden) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Stadt Sulingen, Galtener Str. 12, 27232 Sulingen (Deutschland)

04271-88-0, stadt@sulingen.de, <https://www.sulingen.de>

Gesetzlicher Vertreter:

Dirk Rauschkolb, Tel: 04271-88-11, E-Mail: dirk.rauschkolb@sulingen.de

Datenschutzbeauftragter:

Marc Friedrich, Tel: 042711000201, E-Mail: friedrich@krk-computersysteme.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Die Daten werden zum Zwecke der Erhebung von Realsteuern, kommunalen Aufwandsteuern, Gebühren und Nebenforderungen, einschließlich dazugehöriger Verwaltungsverfahren verarbeitet. Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich aus Art. 6 (1) lit. c, e DSGVO und aus den nachfolgenden Darstellungen:

Realsteuerfestsetzung und -Erhebung Gewerbesteuer, Grundsteuer einschließlich Nebenforderungen: §§ 1 (2), 2a Abgabenordnung (AO)

Festsetzung und Erhebung kommunaler Aufwandsteuern
Vergnügungssteuer, Hundesteuer, einschließlich Nebenforderungen: §3 NKAG, §4 NKAG

Erhebung von Gebühren z.B. Straßenreinigungsgebühren u. ä.: § 5 NKAG

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Stadt Sulingen erhebt Steuern auf Grundlage von §111 Abs 5. NKomVG
Grundsteuer wird auf Basis des §85 der Abgabenordnung erhoben
Gewerbsteuer wird auf Basis des §85 der Abgabenordnung erhoben.
Hundesteuer wird auf Basis der Hundesteuersatzung der Stadt Sulingen erhoben
Vergnügungssteuer wird auf Basis der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Sulingen erhoben.
Die Straßenreinigungsgebühren werden auf Basis der Straßenreinigungsgebührensatzung erhoben.

Kategorien von Empfängern:

Intern (Fachbereich Finanzen zur Durchführung sämtlicher Tätigkeiten im Rahmen der Einziehung von Steuern und Entgelten.)

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Die Verantwortliche Stelle wird personenbezogene Daten nur so lange speichern, wie dies für die Erreichung des genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben.

Sofern nicht im Einzelfall abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, löscht die Verantwortliche Stelle die personenbezogenen Daten spätestens 10 Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die letzte Verarbeitungstätigkeit im Zusammenhang mit der betroffenen Person bzw. dem maßgebenden Steuer-/Abgaben-sachverhalt stattgefunden hat (Art. 5 (1) lit. e, Art. 17 (3) lit. e DSGVO i. V. m. § 147 AO und § 88a AO).

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten über die betroffene Person ist teilweise gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Die Bereitstellung der Daten ist gesetzlich vorgeschrieben, eine Nichtbereitstellung der geforderten Informationen kann eine Ordnungswidrigkeit darstellen und mit einer Geldbuße belegt werden.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.